

auch greife die Umweltverschmutzung inzwischen auf die ländlichen Gebiete über. Die niedrige Effizienz in der Industrie und das schlechte Industriemanagement der chinesischen Unternehmen trage zu der Verschlechterung der Umweltsituation entscheidend bei, insbesondere energieproduzierende Unternehmen. Eine Reihe von Unternehmen habe bereits geschlossen werden müssen, so z.B. im Tal des Huai-Flusses, der zu den am meisten verschmutzten Flüssen zählt.

Neben mehr Investitionen für den Umweltschutz rief Xie Zhenhua dazu auf, spezielle Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung einzuführen. Hierzu zählt Xie u.a. effizienzsteigernde Maßnahmen für Kraftwerke sowie die Einführung von Meßstationen für sauren Regen und Schwefeldioxyd. (SCMP, 2.11.95)

Anfang November forderte Lin Dinggen, stellvertretender Direktor der Abteilung für ländliche Unternehmen beim Landwirtschaftsministerium, den Fragen des Umweltschutzes und des effizienten Energieverbrauchs mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Veraltete Anlagen und Technologien, unzulängliche Umsetzung der Umweltschutzvorschriften und Kontrolle haben den Beitrag der ländlichen Industrie zur allgemeinen Verschlechterung der Umweltlage drastisch erhöht. Im Jahre

1994 habe sich gegenüber 1990 der Ausstoß der ländlichen Industrie an Abwasser um 79%, an Abgasen um 90% und an festen Abfällen um 89% vergrößert. (XNA, 11.11.95)

Auf dem Gebiet umweltrelevanter Technologien könnte gerade Deutschland mit einem Weltmarktanteil von 21% wichtigster Partner Chinas werden. Allerdings zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, daß trotz des großen Bedarfs an umweltrelevanter Technologie die Einfuhr deutscher Umwelttechnologie nach China stagniert. Nach Einschätzung deutscher Experten habe sich das staatliche Umweltbewußtsein in China zwar erhöht, jedoch nicht gleichzeitig die Investitionsbereitschaft. Problematisch sei oftmals auch der Preis deutscher Umwelttechnologien. (HB, 8.11.95) -schü-

*(28)

Korrektur: Tabelle zur Emission von Wertpapieren 1981-1993

Durch einen technischen Fehler war im Oktober-Heft von *China aktuell*, S. 931, in der Tabelle 5 "Emission von Wertpapieren 1981-1993" in dem Artikel "Die Reform des chinesischen Finanzsystems: Banken und Kapitalmärkte im Wandel", die 3. Zahlenreihe verschoben. Wir bringen hier die Tabelle noch einmal in richtiger Form.

Taiwan

*(29)

Erneute Kriegsmanöver Beijings in der Taiwan-Straße und das Ergebnis der Parlamentswahl in Taiwan

Die militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße, die als Folge des "privaten Besuchs" von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) in den USA im letzten Juni ausgelöst worden waren, haben sich im Laufe des Berichtsmonats wieder zugespitzt. Auf taiwanesischer Seite sollen laut Pressemeldungen Anfang November in Taipei eine dreitägige Strategieübung von Kommandeuren auf hoher Ebene für die Verteidigung Taiwans mit der Bezeichnung "Ching Shih 11" und ein anderes Kriegsmanöver mit Amphibienfahrzeugen in Pingdong (Pintong) im Süden der Insel stattgefunden haben. (SCMP, 3.11.95; LHB, 29.10.95) Am 22. November inspizierte Li Denghui die neugegründete 2. Staffel von - in Taiwan selbst hergestellten - Jingguo (oder IDF)-Düsenjägern und eine Gruppe von vier in den USA gekauften Flugzeugen vom Typ E2-T mit Frühwarnsystem. (LHB und SCMP, 23.11.95; FCJ, 24.11.95)

Tabelle 5: Emission von Wertpapieren 1981-1993 (Mrd. Yuan)

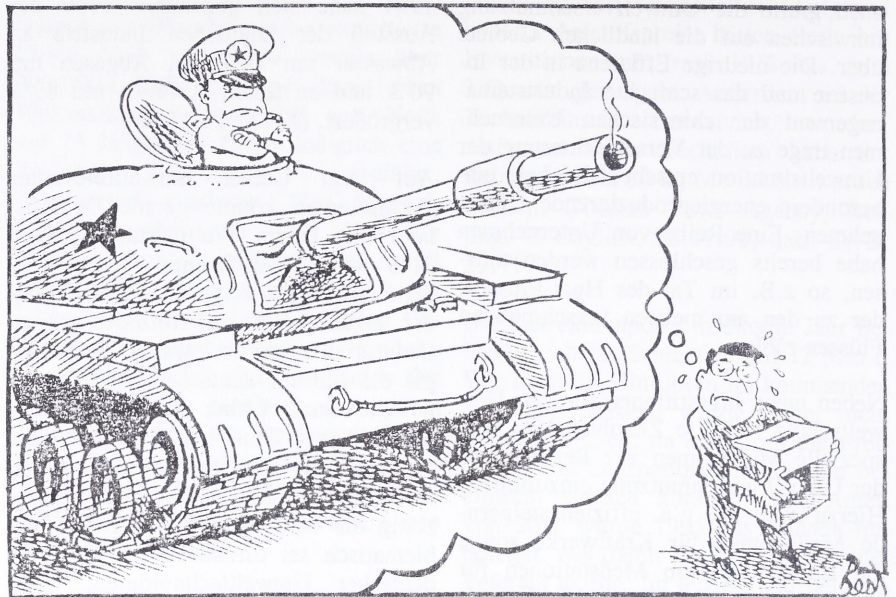
Wertpapiere	1981-1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	Gesamt
<i>Anleihen</i>								
darunter:								
- Öffentl. Hand	41,659	18,877	18,634	23,463	28,125	49,078	38,477	218,313
- Finanzinstitutionen	12,500	15,500	8,319	7,055	16,420	21,909	--	81,703
- der Unternehmen	13,000	7,541	7,526	12,637	24,996	60,961	2,006	128,667
<i>Depositenzertifikate</i>	--	5,926	14,180	50,353	42,685	50,000	--	163,144
<i>Aktien</i>	1,000	2,500	0,662	0,428	3,098	12,572	9,602	29,322
darunter:								
- A-Aktien	1,000	2,500	0,662	0,428	2,952	11,459	3,743	22,744
- B-Aktien					0,146	1,113	1,278	2,537
- H-Aktien							4,041	4,041
<i>Wert der Gesamtemissionen</i>	68,159	50,344	49,321	93,936	115,324	194,520	49,545	621,149

Quelle: *Zhongguo Jinrong Nianjian (Almanac of China's Finance and Banking)*, S. 453 und 456.

Auf der anderen Seite fanden in der vorletzten November-Woche erneut umfangreiche Manöver der Volksbefreiungsarmee (VBA) an der Küste der Taiwan gegenüberliegenden Provinz Fujian statt - die dritten dieser Art seit Juli d.J. in der Taiwan-Straße. Daran nahmen teil kombinierte Verbände von Marine, Luftwaffe und Infanterie. Unter starkem Feuerschutz von Schiffsgeschützen, Kampfflugzeugen einschließlich der neu gekauften modernen russischen Düsenjäger vom Typ Suchoi 27 wurden Bodentruppen mit Landeschiffen, Amphibienpanzern und Helikoptern auf der Insel Dongshan gelandet.

Chinesische Massenmedien haben über die Landemanövertvorgänge in Bildern ausführlich berichtet. Im Kommentar der amtlichen chinesischen Nachrichtagentur Xinhua heißt es, durch die erfolgreichen kombinierten Kriegsübungen sei die Fähigkeit und Entschlossenheit der chinesischen Armee demonstriert worden, "die Souveränität und territoriale Integrität des Staats zu verteidigen", "die Einheit des Vaterlands aufrechtzuerhalten" und "die von der Partei und dem Volk gestellte heilige Aufgabe zu erfüllen". Dies gilt als deutliche Warnung an Taiwan. Da dies kurz vor den Parlamentswahlen am 2. Dezember in Taiwan geschah, glaubt man, daß Beijing damit die Wahlen habe beeinflussen wollen. (DGB, 27.11.95; LHB, SCMP, NZZ und FAZ, 28.11.95)

Um die Frage "Tong" (Vereinigung) oder "Du" (Unabhängigkeit) wird bei den drei großen Parteien Taiwans heftig gestritten. Die Regierungspartei Kuomintang (KMT) unter der jetzigen Führung von Li Denghui verfolgt eine Politik der zwei gleichberechtigten Regierungen in einem chinesischen Staat - wie etwa das frühere deutsche Modell "eine Nation, zwei Staaten". Während die größte Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) die Gründung eines eindeutig nichtchinesischen Staats in Taiwan befürwortet, besteht die Neue Partei (NP), eine Splitterpartei der KMT, auf die Aufrechterhaltung der Einheit Chinas. Nach Meldungen, die nach Redaktionsschluß dieses Heftes eingingen, hat bei den Wahlen am 2. Dezember die KMT 85, die DPP 54, die NP 21 und die anderen 4 der insgesamt 164 Sitze des Gesetzgebungs Yuan (Parlament) erlangt. Die Regierungspartei verfügt damit zwar noch über eine knappe absolute Mehrheit, hat aber nur 46,1% der abgegebenen Stimmen bekommen, liegt also zum erstenmal unter 50%. Bei den Parlamentswahlen vor



(South China Morning Post, 1.12.95)

drei Jahren hatte sie 53,02% der Stimmen und 102 der insgesamt 161 Sitze errungen. Die DPP, die diesmal 33,2% der Stimmen erhielt, kann zwar im Vergleich zu den 31,03% und 50 Sitzen vor drei Jahren eine kleine Verbesserung für sich verbuchen, mehrere sich für eine schnelle Unabhängigkeit Taiwans einsetzende radikale Politiker der Partei wurden jedoch nicht gewählt. Die NP, die erst im August 1993 gegründet wurde, erhielt einen Stimmenanteil von 13% und konnte ihre Sitze von vorher 7 verdreifachen, gilt also als größter Sieger.

Die Wähler wollen offenbar den politischen Status quo nicht verändern, um eine weitere Eskalation der militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße zu vermeiden. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,65%, niedriger als vor drei Jahren mit 72,02%. (LHB, ZYRB und CP, 3.12.95) -ni-

*(30)

Spaltung der Regierungspartei KMT vertieft

Am 15. November haben zwei Vizevorsitzende der Regierungspartei Kuomintang (KMT), Lin Yanggang (Lin Yangkang, 68) und Hao Bocun (Hau Peitsun, 76), auf einer Pressekonferenz offiziell erklärt, als Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidaten zusammen in die Präsidentschaftswahl am 23. März 1996 zu gehen. (CP und LHB, 16.11.95; ZZ, Nr. 338, 24.11.95) Wie berichtet (C.a. 1995/8, Ü 31), hat die Partei Ende August/Anfang September den Parteivorsitzenden und amtierenden Staatspräsidenten Li

Denghui (Lee Teng-hui, 72) und den Vizeparteivorsitzenden und amtierenden Ministerpräsidenten Lian Zhan (Lien Chan, 59) als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten und Vizepräsidenten aufgestellt. Lin hielt die Nominierungswahl der Präsidentschaftskandidatur durch die Parteitagdelegierten statt der Parteibasis jedoch für unfair und will deshalb selbständig für das höchste Amt kandidieren, bleibt aber weiter in der Partei und behält auch seinen Posten als Vizeparteivorsitzender. Kurz vor ihm hatte noch ein anderer prominenter KMT-Politiker, Chen Lü'an (Chen Li-an, 58), erklärt, für das Präsidentschaftsamt zu kandidieren. Er gab jedoch sein Amt als Präsident des Kontroll Yuan auf und trat auch aus der Partei aus.

Ursprünglich hatten die NP (Neue Partei), eine Splitterpartei der KMT, und die Opposition innerhalb der KMT, der "Nichthauptströmung" (Feizhuliu)-Flügel, auf eine Allianz zwischen Lin als Präsidentschafts- und Chen als Vizepräsidentschaftskandidaten gegen Li und Lian gehofft; Chen lehnte jedoch ab. Danach wandte sich Lin an Zhang Fengxu (Chang Feng-shu), den Vorsitzenden des Chinese Taipei Olympic Committee und ehemaligen Innenminister. Nachdem auch dieser Versuch gescheitert war, bat Lin um die Unterstützung von Hao Bocun. Hao, der früher das Amt des Generalstabschefs, dann des Verteidigungsministers und des Ministerpräsidenten innehatte, gilt als die führende Figur des Nichthauptströmungs-Flügels und als Hauptwidersacher von Li Denghui in der Partei. Er und Lin treten wie die NP für die Aufrechterhaltung der chinesischen Einheit und gegen eine Unabhängigkeit Tai-

wans ein. Im Wahlkampf für die Parlamentswahlen am 2. Dezember d.J. haben sie sich offen für die Kandidaten der NP eingesetzt und können bei den kommenden Präsidentschaftswahlen auch mit NP-Unterstützung rechnen. Die Chance, die Wahlen gegen Li und Lien zu gewinnen, ist zwar nicht allzu groß, aber sie können sicherlich viele Stimmen den beiden wegziehen. -ni-

*** (31)
6,8% Planziel beim Wirtschaftswachstum 1996**

Das Council for Economic Planning and Development (CEPD) hat am 15. November einen provisorischen Entwurf des Wirtschaftsplans für 1996 verabschiedet, der eine Wachstumsrate von 6,8% vorsieht, womit das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bei 13.595 US\$ läge. Um das Ziel zu erreichen, soll die Inflationsrate das Oberlimit von 3,6% nicht überschreiten, die Geldmenge M2 (Bargeld, sämtliche Sicht- und Spareinlagen, einschließlich Quasigelder) im Jahresdurchschnitt um 10,8% steigen, die Beschäftigungsrate um 1,8% zunehmen und die Arbeitslosenquote bei 1,7% liegen. Ferner geht das CEPD davon aus, daß die Steigerungsrate der privaten Investitionen von 10% (1995) auf 12% und die des Privatverbrauchs von 5,7% auf 6,3% zunehmen wird. Die Investitionen öffentlicher Unternehmen, die in diesem Jahr um schätzungsweise 6,1% zurückgehen, sollen nach dem Plan 1996 um 3,7% steigen und der Handelsüberschuß durch anhaltenden Exportboom sich etwas vergrößern, heißt es.

Unter den genannten Voraussetzungen werden 1996 nach CEPD-Erwartungen die Industrie ein Wachstum von 6,9% und Dienstleistungen von 7% verzeichnen, die einen Anteil von jeweils 36,2% bzw. 60,3% am Bruttoinlandsprodukt haben. Im Warenaustausch werden die Exporte auf 127,48 Mrd. US\$ (+12,89%), die Importe auf 120,1 Mrd. US\$ (+13%) und damit ein Handelsüberschuß von 7,38 Mrd. US\$ geschätzt. (LHB, 16.11.95; CP, 17.11.95)

Den Angaben des Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics (DGBAS) zufolge hat sich das Wirtschaftswachstum in den ersten drei Quartalen 1995 kontinuierlich abgeschwächt, und zwar mit jeweils 6,9%,

6,5% und 6,02% in Folge. Angesichts einer Fortsetzung der fallenden Tendenz auch im 4. Quartal reduzierte der DGBAS seine Wachstumsprognose für die Wirtschaft des ganzen Jahres 1995 auf 6,44%, knapp 0,2% niedriger als die von ihm im August 1995 gemachte Aussage von 6,62%. Die Konjunktur wird nach der DGBAS-Analyse im ersten Quartal 1996 die Talsohle erreichen und erst danach wieder aufwärts gehen. Vor allem die Ex- und Importe sollen 1996 weiter um 10,9% bzw. 10,8% steigen nach einem geschätzten Wachstum von jeweils über 20% in diesem Jahr. Der Handelsüberschuß wird in Höhe von 5,4 Mrd. US\$ erwartet. Ferner rechnet der DGBAS damit, daß sich die Investitionen real nach einer Steigerung von 7,2% in diesem Jahr im nächsten noch schneller um 9,9% erhöhen werden, darunter um 13,7% bei der privaten Wirtschaft, um 7,8% bei der Regierung und um 0,7% bei den öffentlichen Unternehmen.

Problematisch bleibt die Entwicklung des Privatverbrauchs. Infolge der Flaute auf dem Aktien- und Immobilienmarkt sank sein Wachstum im 3. Quartal 1995 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit 4,8% auf ein Rekordtief seit dem 1. Quartal 1982 und soll nach DGBAS-Schätzung auch im ganzen Jahr 1995 nur um 5,2%, also deutlich langsamer als 1994 (8,5%), wachsen. Da hier eine schnelle Belebung noch nicht in Sicht ist, erwartet der DGBAS für 1996 ein Wirtschaftswachstum von 6,52%, d.h. lediglich 0,08% höher als das Ergebnis von 1995. (LHB, 18.11.95)

Die von der Zentralbank am 16. November bekanntgegebene Wachstumsprognose für die Wirtschaft 1996 beträgt 6,61%, was gerade zwischen den oben genannten Voraussagen des CEPD und des DGBAS von 6,8% bzw. 6,52% liegt. Nicht so optimistisch wie seitens der Regierung sind die Zahlen des Chung-Hua Institute for Economic Research in Taipei. Diesem zufolge soll es 1996 ein Wirtschaftswachstum von nur 6,04% statt der ursprünglich geschätzten 7% geben. (Die hierzu im letzten Heft von C.a. auf Seite 922, im letzten Satz des ersten Abschnitts der rechten Spalte stehende Wachstumsprognose für "1995" ist ein Druckfehler, der bei der Korrektur leider übersehen wurde. Richtig ist: für 1996.) -ni-

Hongkong und Macau

***(32)**

Neue Belastungen in den Beziehungen Hongkongs zu Beijing durch erneuten Streit um das Menschenrechtsgesetz

Zwanzig Monate vor der Übergabe Hongkongs an die VR China am 1. Juli 1997 werden die Beziehungen zwischen Großbritanniens "Noch"-Kolonie und der Regierung in Beijing wieder durch ein neues Problem schwer belastet. Es geht um den erneuten Streit über Hongkongs Menschenrechtsgesetz. Wie berichtet (C.a. 1991/6, Ü 31), hatte der Legislativrat (Parlament) von Hongkong am 5. Juni 1991 angesichts der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in Beijing zwei Jahre zuvor und der eigenen Zukunft nach der Wende 1997 ein Gesetz zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ("Bill of Rights") verabschiedet. Außerdem sollen alle Gesetze und Bestimmungen revidiert werden, sollten sie in Widerspruch zum Menschenrechtsgesetz stehen. Dies stieß auf heftige Kritik seitens der chinesischen Regierung, da sie der Meinung ist, daß ab 1. Juli 1997 kein Gesetz von Hongkong einen höheren Stellenwert haben kann als das vom chinesischen Nationalen Volkskongreß am 4. April 1990 verabschiedete Grundgesetz für Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone. Auf einer Pressekonferenz am 6. Juni 1991 in Beijing hatte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums betont, daß die chinesische Regierung es sich vorbehalten, zu einem entsprechenden Zeitpunkt nach 1997 alle Gesetze Hongkongs einschließlich des Menschenrechtsgesetzes gemäß den Bestimmungen des Grundgesetzes zu überprüfen.

Inzwischen sind über 200 Gesetze und Bestimmungen in Hongkong bereits gemäß dem Menschenrechtsgesetz novelliert und weitere 50 sollen noch geändert werden. Am 17. Oktober wurde vom Rechtsausschuß des von Beijing eingesetzten Arbeitskomitees ("Preliminary Working Committee") des geplanten Vorbereitungskomitees ("Preparatory Committee") für die Übernahme Hongkongs dem chinesischen Nationalen Volkskongreß vorgeschlagen, das Menschenrechtsgesetz von Hongkong